



**Niederschrift  
zur 17. Sitzung  
des Sozialausschusses  
am 23.01.2019  
um 17:00 Uhr im Ratssaal**

**T a g e s o r d n u n g**

**I. Öffentlich**

- Einwohnerfragestunde
- 1 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 21.11.2018
  - 2 07 - 16 1743/2019 Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019;  
hier: Beratung in den Fachausschüssen  
- Budget 700 Arbeit und Soziales
  - 3 18 - 16 1744/2019 Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019;  
hier: Beratung in den Fachausschüssen  
- Budget 18 Asyl und Integration
  - 4 Mitteilungen und Anfragen
  - 4.1 Neues Gesetz für Langzeitarbeitslose;  
hier: Anfrage von Mitglied Tepaß
  - 5 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Elke Trüpschuch

Mitglieder

Herr Gerd-Wilhelm Bartels

Frau Sandra Bongers

Frau Marianne Lorenz

Herr Gerhard Böcker

Herr Manfred Mölder

Frau Regina Booms

Frau Inge Hübers

Herr Werner Stevens

Frau Sigrid Weicht

Herr Gerhard Gertsen

Frau Sultan Seyrek

Vertreterin für Frau Sabine Gerards

Herr Udo Tepas  
 Frau Sandra Wittke  
 Frau Irina Kroll  
 Herr Gregor Reintjes

Vertreterin für Frau Neriman Keles  
 Vertreter für Herrn Erik Arntzen

von der Verwaltung

Herr Peter Hinze  
 Herr Markus Dahms  
 Herr Niklas Kehren  
 Herr Nicolai Lindeboom  
 Herr Arnfried Barfuß  
 Herr Robert Köster  
 Frau Christiane Wöltgen

Bürgermeister

Schriftführerin

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr. Sie begrüßt die Ausschussmitglieder, die Damen und Herren der Verwaltung, sowie die Zuhörer. Die Vorsitzende stellt fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen sei.

## I. Öffentlich

### . **Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

### 1. **Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 21.11.2018**

Die gemäß § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Festlegung vorgelegte Niederschrift wird einstimmig mit 16 Stimmen genehmigt. Sie wird von der Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

### 2. **Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019; hier: Beratung in den Fachausschüssen - Budget 700 Arbeit und Soziales Vorlage: 07 - 16 1743/2019**

Die Vorsitzende geht den bereits vorliegenden Entwurf zur Haushaltssatzung Seite für Seite durch und bittet die Mitglieder bei Fragen um Wortmeldungen.

Mitglied Bartels fragt zur Seite 244, Position 10, Personalauszahlungen, wie es sein könne, dass zwischen dem Ergebnis von 2017 in Höhe von 2.150.682,83 € und dem Ansatz von 2019 mit 2.617.862 € eine Differenz von rund 500.000 € läge. Herr Dahms führt dazu aus, dass hier unterschiedliche Dinge verglichen würden. Das Ergebnis 2017 berücksichtige ausschließlich tatsächlich angefallene Personalkosten. Beispielsweise unbesetzte Stellen, Mitarbeitende in Elternzeit oder im Krankengeldbezug erzeugten hier keine Kosten. Die Planung 2019 müsse jedoch sicherstellen, dass ausreichend Mittel zur Verfügung stünden ausgehend davon, dass alle im Stellenplan aufgeführten Stellen ganzjährig besetzt wären. Zudem schlagen sich die Tariferhöhungen sowie steigende Erfahrungsstufen aller Stellen und die Stellenneubewertungen von einigen Stellen nieder.

Wenn man die Gesamtzahl der Stellenanteile im Fachbereich aus 2018 (43,9 Stellen) und 2019 (43,9 Stellen) vergleiche, wäre zu sehen, dass hier keine personellen Veränderungen ursächlich seien. Mitglied Bartels teilt mit, dass er die Antwort nicht als befriedigend empfände.

Mitglied Weicht möchte wissen, wie auf Seite 245, Position 11 die doch sehr differierenden Personalaufwendungen zustande kämen. Herr Dahms teilt mit, dass aufgrund neuer Zuordnungen und Verlagerungen von Aufgaben mehr als eine halbe Stelle weniger benötigt würde. Hierzu gehöre auch, dass Pflegefälle an den Kreis Kleve rückübertragen worden seien. Allerdings würde aufgrund von Rechtsänderungen auch die Rückkehr von Fällen erwartet.

Mitglied Weicht fragt, warum auf Seite 245, Position 16 eine Steigerung zum Ansatz 2018 in Höhe von ca. 20.000 € zu erkennen sei. Herr Dahms teilt hierzu mit, dass die einzelnen Positionen an die Ist-Ergebnisse der Vorjahre angepasst worden seien. Da es sich bei den ordentlichen Aufwendungen (Position 16) um die Zusammenfassung von acht verschiedenen Einzelpositionen handele, die jeweils anzupassen gewesen seien, käme es in der Summe auf einen Betrag von ca. 20.000 €.

Mitglied Hübers möchte wissen, warum es bis zum Jahr 2020 zu einer erheblichen Steigerung von Grundsicherungsfällen (Seite 247) käme. Herr Dahms führt aus, dass aufgrund der Gesetzesänderung im Bundesteilhabegesetz ein Anstieg der Fälle zu erwarten sei. Die Prognose sei noch nicht belastbar.

Mitglied Hübers möchte einen kurzen Überblick über die Probleme in der Arbeit mit Flüchtlingen bekommen (Seite 252). Hier führt Herr Dahms insbesondere die Sprachbarriere an, aber auch die Auflagen, wie Wohnsitzbindung bei Arbeitsaufnahme und der teilweise schnelle Übergang ins SGB II, da eine Integration dann zum größten Teil noch nicht erfolgt sei.

Mitglied Weicht fragt, wie es auf Seite 260, Position 9 zu einer Absenkung des Ansatzes in 2019 um 5.000 € zum Ansatz von 2018 kommen könne. Herr Dahms teilt mit, dass es aufgrund der geringeren Asylbewerberzahlen zu weniger Abnutzungen bzw. geringeren Bedarf, insbesondere in den größeren Unterkünften kommen würde.

Mitglied Bartels sagt, dass er sich an Fotos aus der Vergangenheit aus einer Küche erinnern könne, die keinen guten Pflegezustand wiedergegeben hätten. Er fragt, ob dies immer noch der Fall sei. Herr Dahms teilt mit, dass insbesondere aufgrund der weitaus geringeren Belegungszahl eine bessere Pflege gegeben sei.

Mitglied Tepsäß fragt, wieviel Menschen derzeit in der Unterkunft „Hotel zur Grenze“ untergebracht seien und ob der Versuch unternommen worden sei, den Mietvertrag vorzeitig aufzulösen. Herr Dahms teilt mit, dass aktuell dort ca. 12-14 Flüchtlinge untergebracht seien. Es sei in der jüngeren Vergangenheit nach seiner Kenntnis vom zuständigen Fachbereich Immobilien bereits Kontakt mit dem Vermieter aufgenommen worden, allerdings sei dieser nicht an einer vorzeitigen Beendigung des Mietverhältnisses interessiert.

Mitglied Hübers fragt, ob die Seniorengesellschafter, die in den durch die Stadt Emmerich am Rhein geförderten Seniorengesellschafterkursen (Seite 261) ausgebildet worden seien auch eingesetzt würden.

Hierzu führt Bürgermeister Hinze aus, dass er die Kurse zum Abschluss besuche, der letzte Kurs auch gut besucht gewesen sei, dies aber keine Garantie sei, dass die Seniorengesellschafter auch alle zum Einsatz kämen. Mitglied Hübers regte hierzu Werbung an.

Mitglied Tapaß möchte gerne nähere Erläuterungen zur Erstellung eines Gutachtens zum sozialen Wohnungsbau. Bürgermeister Hinze teilt mit, dass das Gutachten mit der Auftragsvergabe an die Fa. Empirica auf den Weg gebracht sei und das mit dem Ergebnis auf die Politik zugegangen würde. So seien ja auch bereits im vergangenen Monat alle Parteien zu dem Workshop diesbezüglich eingeladen gewesen.

Mitglied Bartels fragt, warum in den Leistungsmengen Wohngeldzahlfälle (Seite 262) zwischen dem Ergebnis 2017 und dem Ansatz 2019 eine Steigerung ersichtlich ist. Herr Dahms teilt mit, dass die neue Leistungsmenge sich an den Ist-Zahlen orientiert, eine gesetzliche Änderung sei hier nicht ursächlich.

Mitglied Gertsen beantragt nach Beschlussvorschlag abzustimmen.

### **Beschlussvorschlag**

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget „Arbeit und Soziales“ im Ergebnishaushalt auf 2.389.435,- € und im Finanzhaushalt auf 2.384.282,- € fest.

Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 2

### **3. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019; hier: Beratung in den Fachausschüssen - Budget 18 Asyl und Integration Vorlage: 18 - 16 1744/2019**

Mitglied Weicht bittet um Erläuterung der Komm-An-Mittel, Seite 130. Herr Barfuß erklärt, dass es sich hierbei um Landesmittel handle, die für einzelne Förderungen, wie z.B. für Sprach- und Integrationskurse zur Verfügung stünden.

Mitglied Bartels fragt, warum in der Leistungsmenge „Gemeldete Nicht-Deutsche in Emmerich“ mit 8.700 Personen (Seite 132) angegeben seien und nicht wie im Vorjahr weniger Personen zu verzeichnen wären. Herr Barfuß teilt mit, dass die Haushaltssatzung bereits im Juni 2018 erarbeitet wurde und eine genaue Zahl noch nicht absehbar sei.

Herr Dahms geht auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur erneuten Behandlung des Förderantrages des Caritasverbandes Kleve e.V. zur Unterstützung der Flüchtlings- und Sozialberatung ein. Er führt mediengestützt aus, dass die Bruttoperalkosten bei der Caritas von 2017 bis 2019 um 15,6 % angestiegen seien. Aufgrund dieser Steigerung beantragt die Caritas für das Jahr 2019 eine Erhöhung der Förderung der Stadt Emmerich am Rhein statt wie bisher von 15.000 € auf 17.340 €. Der Ursprungsbetrag von 15.000 € resultiere aus dem Jahr 2017.

Hinzu käme, dass im Jahr 2018 ein Personalwechsel vorgenommen worden sei. Im Rahmen der Einstellung sei eine Mitarbeiterin eingestellt worden, die in eine höhere Erfahrungsstufe aufgrund der größeren Vorerfahrung eingruppiert worden sei.

Ein weiterer Erhöhungsgrund seien Tariferhöhungen der letzten zwei Jahre.

Mitglied Gertsen erklärt, dass damit alle offenen Fragen zum Antrag der Caritas geklärt seien.

Mitglied Weicht bittet um den Vierteljahresbericht aus dem letzten Quartal der Caritas.

Dieser soll der Niederschrift beigelegt werden.

Es wird der Antrag gestellt über den Beschlussvorschlag laut Vorlage zuzüglich der Erhöhung des Zuschussbedarfs um 2.340,-€ (Caritas-Antrag) zu entscheiden.

### **Beschlussvorschlag**

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget „Asyl und Integration“ im Ergebnishaushalt auf 121.035,- € und im Finanzhaushalt auf 120.691,- € fest.

Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 2

## **4. Mitteilungen und Anfragen**

### **4.1. Neues Gesetz für Langzeitarbeitslose; hier: Anfrage von Mitglied Tapaß**

Mitglied Tapaß möchte wissen, wann das neue Gesetz zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen zum Tragen kommen würde.

Herr Dahms teilt mit, dass es sich hierbei um § 16i SGB II handelt, der im Bundesgesetzblatt vom 20.12.2018 veröffentlicht worden sei. Weiterhin führt er aus, dass dieser zum 01.01.2019 in Kraft getreten sei und die Arbeitsvermittlung bereits damit befasst wäre, allerdings eine Vorlaufzeit benötigt werde. Es müssten zunächst Kunden akquiriert werden. Derzeit gäbe es bereits eine Nachfrage für 6 Stellen. Er sei zuversichtlich, dass im 1. Quartal 2019 mit der Arbeitsaufnahme begonnen werden könne.

## **5. Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 17.30 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

46446 Emmerich am Rhein, den 7. Februar 2019

Elke Trüpschuch  
Vorsitzender

Christiane Wöltgen  
Schriftführer/in